

Preis für das Vierteljahr 1 1/2 Thlr. ; jede einzelne Nummer 2 Ngr.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!

Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expedition in Leipzig (Querstraße Nr. 8).

Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

Deutschland.

Vom Neckar, 4. Juli. Ein neues schmähwürdiges Attentat der ultramontanen Partei gegen die protestantische Kirche, welches in einem Flugblatt begangen wurde, betitelt: „Das Reformationsjahr 1856 nach Schenkel und Holzmann, beleuchtet von einem Katholiken“, ruft im ganzen Lande, ebenso unter den Katholiken als Protestanten, die tiefste Enttäuschung hervor. Das Pamphlet ist in Mannheim erschienen und überbietet sich dermaßen in Gemeinheiten, daß, wie es scheint, die Behörden gar nicht für nöthig erachteten, seine Confiscation zu verfügen. Es richtet sich durch sich selbst, denn offenbar ist es ein Wuthschrei der im Finstern schleichenden und nach Finsterniß strebenden Partei darüber, daß sie trotz ihrer entsetzlichen Wüthereien in Baden weder im Publicum einen Anhang erwerben konnte, noch die Regierung zu Keinslautem Nachgeben an die Hierarchie einzuschüchtern vermochte. Wir geben, um das Ganze und die Waffen zu kennzeichnen, mit denen gefochten wird, nur einzelne Worte. Die Reformation wird dort bezeichnet als „der Anfang und die Aussaat jener fittlichen Verkommenheit, welche jetzt die ganze bürgerliche Gesellschaft bedrohet.“ Das badische Reformationsfest auf die Feier des katholischen Festes „Peter und Paul“ gelegt wurde, gilt als ein Verbrechen der Regierung. „Massiv frech“ nennt der Verfasser das Aufstreben der protestantischen Kirche und „ekelregend“ ist ihm der ganze „protestantische Kram“. Luther wird natürlich, wie wir dies von dieser Partei nachgerade gewohnt werden, als Räuber an fremdem Eigenthum, Beschöner der Fürsten, Prediger der Revolution, Völler und Lüßling bezichnet. Die angeblichen Beweise dafür sind empörende Fälschungen der Thatfachen und Geschichtszeygnisse. Von Eitel erfaßt, vermögen wir in der That nicht, den Diatriben dieses Pamphlets weiter zu folgen. Wir denken auch, das Angeführte genügt, um zu zeigen, in welcher Weise die Partei seines Ursprungs wählt. Ist es dann zu verwundern, wenn, wie es jetzt so häufig vorkommt, Uebertritte von der katholischen zur protestantischen Kirche erfolgen? Ist es andererseits zu verwundern, wenn namentlich in den niederen Schichten, für welche auch noch besonders ein „Christlicher Pilger“ gleichen Sinnes aus der Pfalz über den Rhein geschmuggelt und heimlich in Mannheim, Heidelberg u. c. colportirt wird, doch immer von neuem der Confessionshaß entzündet wird? Was vermag gegen solches Treiben die bewundernswürdige strengparitätische Haltung der Behörden? Was der überall mit gleicher Liebe verfühnende Geist eines trefflichen Fürsten? Doch Gott sei Dank! fehlt auch der Gegensatz zu jenem aufwühlenden Treiben nicht, und zwar muß man vorzüglich anerkennen, daß bei dem Reformationsfest auch aus der katholischen Bevölkerung mancher Zeichen christlicher Anerkennung der protestantischen Confession hervorging. Aber ein Memento müssen dagegen solche Festeinungen wie jenes Pamphlet für alle Zeiten sein, die über das Nachstreichen der Hierarchie im Staat zu entscheiden haben, und denen eine ernste Mahnung, die politischen Theorien zuliebe für eine absolute „Freiheit der Kirche“ plaidiren. Die Frage wird tagtäglich brennender für Deutschland, und es läßt sich darüber kein Pariser Friede ohne definitive Entscheidungen schließen.

Preußen. Berlin, 6. Juli. Auf die preussische und österreichische Note an Dänemark wegen der lauenburgischen Domänenangelegenheit u. c. soll, wie man hört, bis gestern noch keine Antwort eingegangen sein. Die dänische Bekanntmachung vom 25. Juni d. J., in welcher angegeben ist, was dänischerseits unter den besondern Angelegenheiten des Herzogthums Holstein begriffen werde, dürfte auf den Inhalt der Antwort des dänischen Cabinets, wie man glaubt, hinlänglich schließen lassen. Nach der Ansicht der bedeutendsten hiesigen Staatsrechtskundigen steht aber sowohl in Betrach der bezüglichen Bestimmungen der Einzelverfassung als der Bestimmungen der gemeinschaftlichen Verfassung, welche den verfassungsmäßigen Rechten der deutschen Verfassungsmäßigen Abbruch thun und auf nicht verfassungsmäßigen Wege entstanden sind, den zu dem Deutschen Bunde gehörigen Landesherren der Schutz des Art. 56 der Wiener Schlußacte gegen das einseitige Verfahren der dänischen Regierung zu. Bei dem großen Eindruck, welchen letzteres im gesammten Deutschland macht, möchte es von Seiten Preußens und Oesterreichs bei dem ersten Schritte, falls derselbe ohne Erfolg bleibt, nicht sein Bewenden behalten, da die beiden deutschen Großmächte darin übereinstimmen sollen, daß dem deutschen Nationalgefühl und Rechtsfinn in dieser Angelegenheit Rechnung getragen werden müsse. Hinsichtlich der gegenwärtigen Verhandlungen der eisenacher Zollconferenz hört man andeuten, daß es wegen der schwer zu erzielenden Stimmentheiligkeit sämmtlicher Zollvereinsstaaten sich als noch sehr zweifelhaft darstelle, ob irgendeine erhebliche Tarifänderung, sei es in Bezug auf die Eisenzölle oder auf die Tabaksteuer u. c., beschloffen werden dürfte. In der am 4. Juli hier stattgehabten Versammlung des hiesigen Evangelischen Bundes hob der Vorsitzende hervor, daß es bis jetzt wol weniger

bekannt sei, daß die erste Veranlassung der nächsten Zusammenkunft des allgemeinen großen Evangelischen Bundes im kommenden Jahre hier in Berlin von dem König selbst ausgegangen sei. Ein Redner leitete die verhältnißmäßig geringe Anerkennung des Evangelischen Bundes in Europa aus dem engherzigen Standpunkte ab, dessen Ursachen starrer Confessionalismus und Staatskirchentum seien. Die Ausrottung der Vorurtheile und Einseitigkeiten sei um so schwieriger, als sie schon mit der Muttermilch eingefogen würden. So groß aber auch die Hindernisse seien, welche die europäischen Verhältnisse darbieten, so dürfe das Bestreben, den Evangelischen Bund auch hier zu einer Wahrheit zu machen, doch nicht aufgegeben werden. Es müsse da nachdrücklich entgegengetreten werden, wo sich Sonderparteien und Sonderkirchen gegeneinander abschließen wollten.

Bei der Wichtigkeit, welche die Tabakindustrie bei uns in Anspruch nimmt, wird es von Interesse sein, diejenigen Momente kennen zu lernen, welche der hiesige Handelsstand gegen die beabsichtigte Erhöhung der Tabaksteuer als die maßgebenden hervorgehoben hat. Wir lassen deshalb das Betreffende aus dem Berichte der Aeltesten der hiesigen Kaufmannschaft folgen: „Die infolge des Vertrags mit dem Steuerverein eingetretene Herabsetzung des Zolls auf unbearbeitete Tabakblätter macht sich, seitdem die im Steuerverein aufgespeicherten Lager geräumt sind, auch für das Geschäft in ihren günstigen Wirkungen fühlbar, und die über die drei ersten Quartale des vorigen Jahres veröffentlichten Beträge der eingeführten Roh-tabake (303,238 Ctr., und zwar 42,858 Ctr. mehr als in demselben Zeitraum von 1854) beweisen, daß die Reduction des Zolls den Consum wesentlich vermehrt und den Staatskassen Vortheil bringt. Eine fernere merkliche Steigerung der Einnahmen wird nach diesen bereits fühlbaren Resultaten unzweifelhaft erfolgen, da nach den eigenen und den Erfahrungen anderer Länder die Herabsetzung der Zölle und Steuern auf allgemein gewordene Consumtionartikel den Staatseinkünften sich stets günstig erwiesen hat, so ergreifen die Betheiligten diese Gelegenheit, um sich über die eine Erhöhung der Tabaksteuer betreffenden Anträge, welche im Hause der Abgeordneten gestellt worden sind und sofort das Geschäft in nicht geringe Unruhe und Unsicherheit gebracht haben, dahin auszusprechen, daß sie diese Anträge mit dem in Preußen bisher befolgten Finanz- und handelspolitischen System in entschiedenem Widerspruche finden. Nur die Möglichkeit, ein gutes amerikanisches Blatt zu billigen Preisen zu haben, gestattet einen weitverbreiteten Consum dieser Waare; jede Vermehrung der Auflagen, wollte man sie auch nicht auf den Eingang, sondern auf die Fabrikation oder Consumtion werfen, würde den Verbrauch bedeutend vermindern und auf schlechtere inländische Sorten hinwenden. Eine hohe Besteuerung oder das Monopol mag dort erträglich sein, wo man seit Jahrhunderten daran gewöhnt ist; sie würde aber, wo sie erst eingeführt werden soll, durchaus nicht die Erträge bringen, auf welche nach dem nächsten Augenschein gerechnet worden. Mit Sicherheit aber läßt sich voraussagen, daß sie sowol einer wichtigen Landeskultur schädlich werden als eine Industrie in ihrer Existenz bedrohen würde, die im Zollverein nach dem Zutritt des Steuervereins allein durch die Fabrikation gegen 30,000 Menschen unmittelbar beschäftigt und den unverkennbaren Vortheil gewährt, daß große, kleinere und kleinste Fabriken nebeneinander bestehen können. Daß man ohne kostspielige und äußerst belästigende Maßregeln, ohne solche Maßregeln, welche die Industrie nur auf wenige große Fabriken beschränken müßten, einen höhern, von der Fabrikation zu erhebenden Steuerbetrag nicht zu erlangen im Stande sei, und daß alle jene Maßregeln nicht ausreichen würden, um den Unterschlag zu verdrängen, ist eine in allen andern Staaten mit solchen Versuchen gemachte und auch von den Herren-Commissaren der Regierung in der betreffenden Commission des Abgeordnetenhauses bestätigte Erfahrung.“

Bekanntlich ist kürzlich von 80 Tabakfabrikanten, die sich in Hannover versammelten, eine Denkschrift gegen eine beabsichtigte Erhöhung der Tabaksteuer entworfen, um der Zollconferenz übermittelte zu werden. Aus guter Quelle erfährt die Berliner Börsen-Zeitung schon jetzt, daß die auf eine solche Erhöhung gerichteten Anträge süddeutscher Regierungen an dem dissentirenden Votum Preußens und Hannovers so gut wie gescheitert sind, sodas also auch unsere inländische Tabakindustrie von jener sie in ihrer Existenz bedrohenden Finanzmaßregel verschont bleiben dürfte.

Eisenach, 6. Juli. Wie man vernimmt, wäre Aussicht auf Herabsetzung des Eingangszolls auf Seide vorhanden. Man soll nämlich hierbei seitens der Zollconferenz von der Erwägung ausgehen, daß die Seidenkultur im Bereiche des Zollvereins, den gemachten Erfahrungen zufolge, nicht gedeihen wolle; daß andererseits der Verbrauch der Seidenstoffe immer allgemeiner werde, sodas eine Herabsetzung des Zolls jenen im Ganzen so steigern werde, daß eine dießfallige Verminderung in der Einnahme im Ganzen nicht zu befürchten sei.